

Einwände des GSP gegen das Buch „Der soziale Staat“

Inzwischen wurde das Buch „Der soziale Staat“ bei verschiedenen, vor allem internen, aber auch öffentlichen Terminen des Gegenstandpunkt-Verlags zum Gegenstand einer erstaunlich umfangreichen und engagierten „Kritik“. Diese Auseinandersetzungen fanden mit auffällig divergierendem Ton statt: Mal als eine (von Konrad Hecker persönlich angeleitete) Art von „Totalverriss“, die kein gutes Haar an dem Buch lässt („Hier stimmt kein Satz.“), mal in der Form eines eher bemühten Suchens nach „Fehlern“ nach Art eines Philosophie-Grundkurses („Was ist Euch aufgefallen“?), zuletzt als öffentliche vorgetragene „konstruktive Kritik“, die dem Buch eine akzeptable Absicht zubilligt, die allerdings angesichts inhaltlicher Mängel in die Hose gegangen sei („Grund und Zweck des Sozialstaats werden falsch gefasst usw.“). Auch bezüglich ihres Inhalts schwanken die Kritiken beträchtlich: Es werden ziemlich unterschiedliche Argumente vorgetragen, von denen einige ohne weitere Begründung auch wieder aus dem Verkehr gezogen wurden. So sehr offenbar für alle Aktivisten dieser „Diskussion“ feststeht, dass mit diesem Buch etwas grundsätzlich „faul“ ist, so scheint die endgültige Linie des Vorwurfs noch nicht ganz klar zu sein. Nun ja, man wird sehen, auf was sich die Redaktion des GSP letztendlich verständigt...

Wir nehmen hier jedenfalls kurz Stellung zu einigen Vorwürfen, die in Gegenstandpunkt-Kreisen rumgeistern und ziehen einen ersten Schluss aus dieser kleinen „Kampagne“.

1. Vorwurf: Am Bewusstsein der Adressaten vorbeigeschrieben...

Angeblich gibt es außer den Autoren niemanden, der sich vom Sozialstaat eine Überwindung der Armut erwartet. Vielleicht hat der GSP ja noch nie vom politisch viel beschworenen „Kampf gegen die Armut“ gehört und die entsprechenden gesellschaftlichen Erwartungen sind in München offenbar auch unbekannt (etwa der Tagesschaubericht vom 8.6.2019 zu den „Tafeln“: „Tafeln können Armut nur lindern, aber nicht die Ursachen bekämpfen. Und da nehmen wir Gesellschaft und Politik sehr in die Verantwortlichkeit, weil es nicht die Aufgabe der Tafel-Bewegung ist, sich abzuschaffen, sondern von Politik und Gesellschaft.“)

Und natürlich gibt es (nicht nur) bei den im Sozialbereich Beschäftigten durchaus die Frage, warum die Verhältnisse, die sie betreuen, so aussehen, wie sie aussehen und allem guten Willen zum Trotz nicht besser werden...

Aber selbst wenn man mit der Einschätzung beim GSP recht hätte, d.h. wenn sich niemand vom „Kampf gegen die Armut“ eine Überwindung der Armut erwarten sollte, wäre es nicht gerade dann geboten, einmal nachzufragen, warum bei diesem allseits beliebten Krieg gegen die Armut die bedingungslose Kapitulation des Gegners nicht zu erwarten ist?

2. Vorwurf: Falsche Erwartungen an den Sozialstaat zugrunde gelegt...

Aus einer einführenden Bemerkung auf der ersten Seite der Einleitung „Ohne den Sozialstaat ist das Leben unter den gegebenen Verhältnissen kaum zu bewerkstelligen, mit ihm ist es in der Regel auch kein Vergnügen, sondern meist derart unbefriedigend, dass der Vergleich mit den düsteren Zeiten des Frühkapitalismus oder den Lebensbedingungen der Dritten Welt bemüht werden muss, um die eigene Lage – zumindest für den Moment des Vergleichs – ideell in ein besseres Licht zu rücken. Die Not bleibt.“ (7) – leitet man sich in verschiedenen Diskussionen und Papieren beim GSP das durch und durch idealistische „Beweisziel“ des Buches ab, dass sich dann angeblich „wie ein roter Faden durchs gesamte Buch“ zieht, so dass die weitere Lektüre eigentlich auch schon überflüssig ist. (Wer es nicht wahrhaben will, der vergleiche a) die ersten zwei Stunden der U35- Diskussion in München als Audio, b) das entsprechende Protokoll S. 1, Zeile 40 – S.3, Zeile 100, c) die Mitschrift des Vortrags in Bochum, etc.)

Der Satz „Die Not bleibt.“ wendet sich in dem kurzen Absatz klar erkenntlich gegen die leicht selbstbetrügerischen Negativ-Vergleiche der sozial Unzufriedenen, mit denen sie sich die eigene Lage notorisch schöner zu reden suchen. Wieso dieser Satz „Die Not bleibt.“ (in Absatz 3 der Einleitung!) unseren „Begriff des Sozialstaats“ bzw. die eigentliche Beweisabsicht unseres Buches offenbaren soll, bleibt Geheimnis der GSP-Analysen. Wir können uns jedoch nicht vorstellen, dass es einfach einer kollektiven Leseschwäche zuzurechnen ist, wenn man mit viel Pomp darauf insistiert, hier ein bedeutsames Zitat gefunden zu haben, dass Aufschluss über unsere „eigentliche“ Aussageabsicht gebe, die sich dann auch noch „wie ein roter Faden durch das gesamte Buch“ ziehe.

Interessant übrigens auch die dann folgende Argumentation gegen die vermeintliche Aussage: Es wird ernsthaft eingewandt, dass die Not „mit dem Sozialstaat“ doch weg sei. Ein Mensch mit Behinderungen bekomme doch einen Rollstuhl; wer seine Miete nicht mehr zahlen könne, erhalte Wohngeld; der Hartz-IVler die existenzsichernden Maßnahmen – wo bleibt denn da, bitte schön, die Not? (Beachtenswert an solchen Aussagen ist nicht nur ihre erstaunliche Deckungsgleichheit mit Jens Spahn, sondern vor allem die Bereitschaft einer marxistischen Vierteljahrszeitschrift, kontrafaktisch und gegen besseres Wissen zu argumentieren, wenn es nur den gerade angestrebten Zweck erfüllt, den eigenen theoretischen Alleinvertretungsanspruch gegen ein ungeliebtes Buch zu verteidigen.)

Kleiner Exkurs: Man kann übrigens in so ziemlich jede Aussage einen Idealismus hereinprojizieren. Es ist jedoch die Frage, ob sie denn so gemeint war – das erschließt sich normalerweise durch ihren Kontext.

„Dass das marktwirtschaftliche Erwerbsleben des Großteils der Gesellschaft offenkundig gar nicht recht funktioniert, ohne dass der Sozialstaat sich darum kümmert, ist kein gutes Zeugnis für dieses Erwerbsleben. Und es ist auch nicht gerade ein Gütesiegel für die sozialen Aktivitäten der Staatsgewalt, wenn die sich nie überflüssig machen, sondern doch nur immerzu ihre eigene Notwendigkeit reproduzieren. Offenbar beseitigen sie keins der ‚sozialen Probleme‘, denen sie sich widmen, sondern perpetuieren sie eher.“

Was könnte man wohl in diese Zeilen (Das Proletariat, S. 94) alles hineinlesen, wenn man nach obigem Muster verfahren würde?

3. Vorwurf: Themenwechsel...

Teil 1 des Buchs beschäftigt sich mit den „ökonomischen Grundlagen“ jener Nöte, auf die sich der soziale Staat bezieht. Laut GSP offenbar ein sachfremder Themenwechsel und Fehler. „Statt“ (!) dass wir die sozialpolitischen Maßnahmen untersuchen und dort jeweils den staatlichen Zweck ermitteln, leisten wir uns also einen unverzeihlichen Themenwechsel zur allgemeinen Ursache der Einkommensarmut. (Nur nebenbei: das „Statt“ kommt einfach dadurch zustande, dass man beim GSP beschlossen hat, den Teil 2 des Buchs zu ignorieren; dort ist der jeweilige staatliche Zweck benannt, von der Familienpolitik über die Bildung, die einzelnen Sozialversicherungen, den Arbeitsschutz und die Arbeitszeitregelung bis hin zur Behindertenpolitik und den existenzsichernden Maßnahmen. Aber das nur nebenbei für Leute, die etwas über den Sinn und Zweck der sozialpolitischen Maßnahmen erfahren wollen.)

Erstens: Mal unterstellt, hier läge tatsächlich ein Themenwechsel vor – na und? Was wäre denn an einem Themenwechsel schlimm? Wenn es uns gefallen würde, mit unseren Lesern mal eine Abschweifung zu machen in ein Thema, das uns interessant vorkommt, was wäre dabei? Dann könnte man das ja auch gut und gerne dem Urteil der Leser überlassen, ob sie das langweilig oder überflüssig finden...

(Hier wird der implizite, z.T. auch explizite Vergleich damit deutlich, wie man selbst den Artikel/das Buch richtig fände... Es mag ja sein, dass man sich bei eingefleischten GSPlern nur noch Artikel im Stil ihres grauen Heftchens vorstellen kann. Wahr ist es aber dennoch nicht: Es gibt

zu jedem Thema tausend Möglichkeiten seiner Abhandlung; die hängen sehr vom Platz ab, den man sich zuspricht oder den man hat; vom vorgestellten Adressaten der speziellen Publikation, dem Kommunikationskontext und der Zeit etc.)

Zweitens aber: Wie kommt man überhaupt darauf, dass das Festhalten der *allgemeinen* Ursache der massenhaften Hilfsbedürftigkeit ein *Themenwechsel* sei? Wieso ist die Bestimmung der Ursachen dafür, dass die Bevölkerungsmehrheit ständig auf den Sozialstaat angewiesen ist, überflüssig?

Von was diese Armutsbetreuung zeugt, ist doch wohl zunächst mal herauszuarbeiten, gerade wenn man an Leser_innen denkt, die keine Vorkenntnisse zu „Kapitalismus“ und "Lohnarbeit als untaugliches Lebensmittel" haben! Das mag ja fortgeschrittenen GSP-Lesern geläufig sein und deshalb langweilig erscheinen. Im Unterschied zur Vierteljahreszeitschrift aus München wendet sich das Buch allerdings nicht selbstgenügsam und selbstbezüglich an die eingeschworene Anhängerschaft. Da kommt es doch wohl gerade darauf an, die scheinbaren Selbstverständlichkeiten (dass die meisten Mitglieder dieser Gesellschaft vom Lohn leben müssen/wollen und was das überhaupt ökonomisch heißt) überhaupt mal in den Fokus der eigenen Betrachtung zu ziehen. Die positiven Rückmeldungen vieler Leser bestärken uns jedenfalls in der Überzeugung, dass die vorgelegte Darlegung der ökonomischen Grundlagen für viele Interessierte inhaltlich erhellend und politisch willensbildend ist.

Drittens ist uns diese Betonung aber auch deshalb wichtig, weil die „etablierte“ Sozialwissenschaft die Ursachen in der ideologisch verfälschenden Form der "Lebensrisiken" fasst und die kritische Sozialwissenschaft (Butterwegge und Co.) Notlagen als skandalöse "Ausnahme" dieser Gesellschaft bestimmt. (Kurze Anmerkung zu einem kleinen Widerspruch: Das Gesundheitsbuch des GSP wirft der Medizinwissenschaft übrigens sehr heftig vor, dass sie die Krankheitsursachen der modernen „Volkskrankheiten“ *nicht* in den gesellschaftlichen Verhältnissen sehen will.)

Wir jedenfalls schließen in den einleitenden Überlegungen des Teil 1 (vgl. 12-15) von der Vielzahl der sozialpolitischen Hilfen auf die massenhafte Hilfsbedürftigkeit; wir erörtern die Frage, dass Hilfsbedürftigkeit vielfach als Geldmangel zu charakterisieren ist und fragen nach der Ursache dafür. Darin liegt unserer Meinung nach eine wichtige Entgegensetzung gegen die gängigen Erklärungen, die Sozialpolitik als Antwort auf sog. „Lebensrisiken“ (Krankheit, Alter, Pflegebedürftigkeit) fasst. Das sind nämlich nicht zufällige oder unkalkulierbare Risiken des *Lebens*, sondern die sicher eintretenden Notlagen des *Kapitalismus* – und die treten nicht für alle seine Bewohner ein, sondern für diejenigen, die an „der Oberfläche“ (verwenden wir mal diesen marxistischen Begriff) „einkommensschwach“ (staatliche Bezeichnung) genannt werden. Damit wollen wir Leute, die sich noch nicht mit dieser Gesellschaft und ihrer Ökonomie befasst haben, auf die politökonomischen Ursachen dessen stoßen, mit dem sie beruflich oder als Betroffene zu tun haben.

Anmerkung: Dieser Vorwurf wird übrigens ganz ohne Selbstkritik in späteren Fassungen nicht mehr erhoben.

4. Vorwurf: „Geldmangel“ ist falsche allgemeine Ursache bzw. „Grund des Sozialstaats wird falsch bestimmt“

„Geldmangel“ ist also nicht – wie in der Kritik behauptet – „die Bestimmung“ „des Grundes“ der Sozialpolitik im Buch, sondern soll am Anfang von Teil 1 den Leser hinleiten, ausgehend

von den sozialpolitischen Interventionen überhaupt einmal über die materiellen Lebensgrundlagen dieser Gesellschaft, die soviel staatliche Hilfe nötig machen, nachzudenken. Die nächsten Sätze lauten:

„Dieses Zwischenergebnis wirft allerdings gleich eine nächste Frage auf. Warum gibt es eine so große Zahl von „einkommensschwachen“ Menschen in dieser Gesellschaft? Warum reichen die Einkünfte der einschlägigen Klienten von Sozialpolitik regelmäßig nicht aus, um die vorhersehbaren Durststrecken ihrer Existenz – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter – finanziell abgesichert zu überstehen, sodass es eine umfangreiche staatlich organisierte Sozialpolitik braucht? Damit stellt sich die Frage nach dem Einkommen bzw. den Einkommensquellen dieser gesellschaftlichen Gruppen.

Von den sozialpolitischen Maßnahmen sind wir über die Frage nach den Ursachen der Hilfsbedürftigkeit also bei den Einkommensquellen dieser Gesellschaft angekommen, also bei den ökonomischen Grundlagen der Sozialpolitik, dem Kapitalismus. Davon handelt der folgende Teil.“ (14 f)

So kommen wir zu den Einkommensquellen, mithin zu dem angeblich vermissten „Lohnarbeitsverhältnis“, das auf den folgenden Seiten ausführlich behandelt wird... Man muss schon blind dem GSP folgen oder das Buch ganz und gar nicht lesen, um diesen Einwand aus München überhaupt ernst zu nehmen.

Im 2. Teil werden übrigens bei jeder „Notlage“ deren Besonderheiten bestimmt und in Bezug auf die Soziale Arbeit auch die Übergänge ins „Subjektive“ nachgezeichnet. Unsere Empfehlung: Vielleicht einfach mal lesen.

Anmerkung: Im Artikel des GSP zu den „Sozialversicherungen“ (1/19) soll der Grund der Sozialpolitik – im Gegensatz zu unserer Bestimmung richtig ermittelt werden. Schauen wir mal nach:

In Punkt 3 der Rentenversicherung wird der „sachliche Grund“ der „betrüblichen Aussichten“ erläutert:

„Mit ihren Zwangsbeiträgen, ihrem Umlageverfahren und ihren wohldefinierten Konstruktionen der erwartbaren Anwartschaften besteht die Versicherung nachdrücklich darauf, dass ihre Mitglieder sich insgesamt und ein Leben lang aus einer Geldsumme reproduzieren müssen, die dafür untauglich ist, weil sie dafür einfach nicht gedacht ist.“ (GS 1/19: 70)

Aha, der Lohn ist dafür nicht gedacht. Warum?

„Was die Arbeitgeber der Nation ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Arbeitsentgelt auszahlen, ist nun mal kein Geld fürs *Leben*, schon gar nicht für ein Leben über die nützliche Erwerbstätigkeit hinaus, sondern wird von ihnen für nichts als die *Arbeit* bezahlt, die sie in ihren Diensten entrichten lassen.“

Ja und? Ist das eine Erklärung? Wenn für „die Arbeit“ bezahlt wird, warum ist der Lohn dann so niedrig?

Nächster Satz: „Weil Unternehmer Lohn *dafür* und für *sonst nichts* bezahlen, ist die Geldsumme, von denen die Erwerbstätigen ihr Leben auch über die Arbeit hinaus bestreiten müssen, *notwendig zu klein*.“ (GS 1/19: 70)

Eine Tautologie. Arbeitgeber zahlen Lohn für's Arbeiten, nicht für's Leben. Warum? Weil sie es *dafür* und für *sonst nichts* zahlen.

Was hat der auf Aufklärung über seine miesen Rentenansprüche begierige Leser nun erfahren? Es liegt am Lohn. Was weiß er denn damit? Ja, offenbar habe ich zu wenig verdient in meinem Leben; war eben zu schlecht qualifiziert. Oder: Klar, schon immer gewusst, dass die Unternehmer knauserig sind.

5. Vorwurf: Lohnabhängige falsch bestimmt...

Wir bestimmen die Lohnabhängigen als Nicht-Eigentümer von Produktionsmitteln. Wer gedacht hat, dass das die treffende Charakterisierung ihrer Stellung in einer Gesellschaft konkurrierender Eigentümer ist, wird von den Buchkritikern beim GSP eines Besseren belehrt. Zitat der Diskussion: „Die selbst wissen ganz selbstverständlich, dass sie Arbeit suchen.“ (Audio-Datei) Ja und? Da wird das Resultat, das affirmative Bewusstsein gegenüber den quasi „natürlichen Bedingungen“ des Lebens in der Marktwirtschaft gegen die Analyse gehalten! Ergebnis unserer Überlegungen lautet übrigens: „Die überwältigende Mehrheit der Menschheit sucht Arbeit!“ (19)

Dann wird es regelrecht kindisch in der Kritik. Glaubt eigentlich jemand ernsthaft, dass das Flohmarkt-Beispiel mehr ist als eine nette Veranschaulichung, die die oft eher kindlichen Vorstellungen vom „Markt“ aufgreift? Die Diskussion tut es tatsächlich! Und glaubt jemand ernsthaft, dass wir den ‚selbständigen Waren-Produzenten‘ als positives Ideal haben? Die Protokolle halten das so fest!

Anmerkung: man kann jederzeit unproblematisch in irgendwelche Aussagen ein angebliches Ideal reinprojizieren – nach diesem Motto wäre die Bestimmung

„Die Nichtverfügbarkeit der elementaren Arbeits- und Lebensbedingung Erde für die große Masse ist tatsächlich die unverzichtbare Grundlage dieser Produktionsweise: Wo es kein frei zugängliches Gelände mehr gibt, ist der eigentumslosen Mehrheit die eigenständige Subsistenz verunmöglich.“ (GSP 2/14: 130)

Ausdruck davon, dass der GSP jedem Menschen Verfügung über den eigenen Grund und Boden als Basis „eigenständiger Subsistenz“ wünscht?

Es gibt auch den Vorwurf, wir würden die „Freiheit“ damit „desavouieren“, dass sie sich als Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft entpuppt. Wieso eigentlich nicht, wenn es so ist?

„(...)Dienst am kapitalistischen Reichtum. Exakt so ist das Recht auf personale Selbstbestimmung politökonomisch gemeint; genau so will die Staatsgewalt ihre lohnabhängigen Bürger haben.“ (Das Proletariat, S. 97) – zu finden übrigens in dem Kapitel „Der freie Arbeitsmarkt“ – gibt es auch einen „unfreien“?

„Das Bedürfnis der Lohnabhängigen nach ‚Beschäftigung‘ ist und bleibt mit seiner Unterwerfung unter die kapitalistische Kalkulation schlecht bedient; das großartige Selbstbestimmungsrecht, das der Rechtsstaat seinen Proletariern zugesteht, ist praktisch nichts wert.“ (ebd. S. 99)

6. Vorwurf: in der Zirkulation stecken geblieben...

Hatte man in München zunächst bemängelt, Teil 1, d.h. die Untersuchung der allgemeinen Ursachen sozialpolitischer Hilfsbedürftigkeit sei ein Themenwechsel (vgl. Vorwurf 3), der in einem Buch zum Sozialstaat nichts zu suchen habe, so scheut man sich nicht, zugleich zu monieren, dieser Themenwechsel sei nicht ausführlich genug. Vermisst wird nun die Analyse der Produktion, der Ausbeutung der Lohnarbeiter im produktiven Betrieb. Bei der Darlegung der ökonomischen Grundlagen der Sozialstaatsbedürftigkeit seien wir sträflich der Sphäre der Zirkulation verhaftet. Zwar endet die inkriminierte Darlegung ziemlich eindeutig mit der Feststellung: „Diese Armut wird dauernd größer. Denn der von den Lohnabhängigen produzierte (!) Reichtum ist immens gewachsen und wächst immer mehr – das Verhältnis zwischen dem, was sie herstellen (!!) und dem, über was sie per Lohn verfügen, verschlechtert sich stetig. Lohnarbeit bedeutet also im Ausgangspunkt und Ergebnis notwendig Armut.“ (28) – das genügt den Anforderungen nun offenbar aber nicht.

Dabei verkennt der GSP (vor lauter Abgrenzungs- und Verurteilungsdrang?) das Wesentliche an diesem Punkt: Sozialpolitik bezieht sich nicht nur auf die Resultate gelungener Ausbeutung produktiver Arbeit, wie dies in Deutschland vor allem durch die Sozialversicherungen als Kernstück der „Arbeiterpolitik“ praktiziert wird, sondern auch auf jene, die gar nicht erst ausgebeutet werden: Sie sind zwar alternativlos auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen; das gelingt vielen allerdings nicht, weil zu jung, zu alt, zu krank, zu behindert oder familiär gebunden. Sozialpolitik beschäftigt sich mit beiden Varianten (Armen- und Arbeiterpolitik) und unterscheidet sich dabei beachtlich im Hinblick auf die Finanzierung, die Maßnahmen und das sozialpolitische Ziel, wie in Teil 2 deshalb ausführlich erläutert...

Nebenbemerkung: Die Entgegensetzung von Zirkulation und Produktion ist übrigens in diesem Zusammenhang ebenso aufgebauscht wie unsinnig. „Zirkulationssphäre“ vs. „Produktionsprozess“ als Quelle der Ausbeutung und Grund der Armut – das lässt sich nicht gegeneinander halten. Selbstverständlich wird die Arbeitskraft im Betrieb unter dem „Kommando“ des Kapitals produktiv gemacht für die Herstellung neuen, vergrößerten Eigentums.

Würde die Arbeitskraft allerdings nicht auf Grund ihrer Eigentumslosigkeit dazu gezwungen, sich unter diesen Bedingungen zu verkaufen, könnte diese produktive Benutzung der Arbeitskraft allerdings kaum stattfinden.

Und man muss sich auch fragen, ob der GSP Aussagen über die Ausbeutung der Arbeitskraft nur wiedererkennt, wenn martialisch in seinem hauseigenen Sprachduktus vom „Kommando des Kapitals“ über die Arbeit die Rede ist – das „Direktionsrecht des Arbeitgebers“, wie es juristisch und im Buch heißt, und das Festhalten der Aneignung des neu geschaffenen Eigentums durch die Unternehmen (S. 21) scheint da sprachlich nicht auszureichen...

7. Vorwurf: Hilfe wird als Systemstabilisierung desavouiert und der „Zweck des Sozialstaats“ nicht richtig bestimmt

Um es nochmal klar zum Mitschreiben zu sagen: Bei dem Durchgang durch die sozialpolitischen Maßnahmen (Teil 2) bestimmen wir die Hilfe des Sozialstaats „von der Wiege bis zu Bahre“ für diejenigen, die nicht über Eigentum verfügen und deshalb prinzipiell vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Der Sozialstaat hilft mit seiner Familienpolitik, dass die Reproduktion seiner Gesellschaft gelingt; mit seiner Ausbildung sorgt er dafür, dass die aufwachsenden Bürger überhaupt in die Lage versetzt werden, ihre Arbeitskraft am Markt anzubieten; er betreut die Notlagen, die aus dem Lohnarbeitsverhältnis entspringen und er betreut die Notlagen derer, die es nicht schaffen, ihre Arbeitskraft zu vermarkten oder in der Konkurrenz gescheitert sind.

„Um die Reproduktion der Lohnabhängigen, um ihre Freiheit als Person und ihr „Eigentum“ an ihrer Arbeitskraft – wenn schon nicht in jedem Einzelfall, so doch zumindest als Klasse – zu gewährleisten, muss ihr Leben von der Wiege bis zur Bahre verstaatlicht, d.h. unter die besondere Kontrolle und unter den besonderen Schutz (!) der politischen Gewalt gestellt werden.“ (276) Das sind seine *Hilfen* – und die gelten selbstverständlich sowohl den Eigentumslosen und ihren Marktwirtschaftskarrieren wie sie gleichzeitig Hilfe fürs Kapital darstellen und darüber hinaus dem Staat als Verwalter dieses schönen gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst dienen. Diese Funktionen auseinanderzuidividieren und gegeneinander zu halten, ist theoretischer Unfug und jedenfalls nicht unser Anliegen. Man könnte mit gleicher Berechtigung sagen: jede sozialpolitische Maßnahme dient dem Kapital! (auch wenn das aus seinem Interesse heraus dagegen wettet über die „faux frais“, aber insgesamt natürlich davon lebt, eine sozialpolitisch betreute Arbeiterklasse vorzufinden) wie: Jede sozialpolitische Maßnahme dient der Arbeiterklasse! Diese beiden Seiten gehören im Kapitalismus eben ein für allemal zusammen.

In der Geschichte der Sozialpolitik hat es Situationen gegeben, in denen die sozialbefriedende Seite der Sozialpolitik besonders hervor getreten ist, etwa bei der „Kaiserlichen Botschaft“, die den Ausgangspunkt für die Einführung der Sozialversicherungen dargestellt hat, oder bei der Einführung des 8-Stunden-Tags gegen die rebellierenden Arbeiter 1919. Das überhaupt festzuhalten, macht anscheinend schon Bauchschmerzen. Warum eigentlich?

Übrigens: „*Sie (sozialpolitischen Arrangements) geben Auskunft über diejenigen Notlagen, denen die Sozialpolitiker, nie ohne Druck von „unten“, ihre Aufmerksamkeit schenken.*“ (Das Proletariat, S. 122)

8. Vorwurf: Radikalisierung des Sozialstaatsidealismus

Wenn das unser Anliegen wäre, warum sollten wir eigentlich die übrigen SozialstaatsidealistInnen kritisieren (wie uns ja sogar zugebilligt wird) statt sie einfach zu befeuern?

Schlussfolgerung und Angebot

Nun ja, diese Latte kritischer Einwände und gut gemeinter Ratschläge überrascht uns zwar nicht. Sie erscheint uns theoretisch aber ziemlich dürftig, dafür aber hochgradig aufgebauscht,

aus dem Vergleich mit eingebildeten Maßstäben (Wie würde „man“ es beim GSP machen? Gar keine Ableitung! Handreichung zur Agitation. Bezugnahme auf KDK usw.) gewonnen und vor allem mit großem Willen (!) zur Sophistik und Rabulistik formuliert. Anders können wir uns jedenfalls derartig viele halt- und wahllose Behauptungen (vgl. insbesondere Vorwürfe 1-3), die ganz offenkundig nicht dem Wort und Sinn des Buches entsprechen, nicht mehr erklären. Angesichts einer Besprechung, die sich fast ausschließlich auf die Einleitung und Teil 1 bezieht und sich für den theoretischen Hauptteil offenbar gar nicht erst interessiert, zweifeln wir auch daran, dass es überhaupt darum gegangen ist, das Buch und seinen Gegenstand zu verstehen.

Wir schließen daraus, dass es nicht unsere Aussagen zum Sozialstaat sind, die den Gegenstand verärgern. Die Auseinandersetzung über das Buch ist nur der Austragungsort für ein Problem ganz anderer Art, das der Verlag in München und seine Propagandisten mit uns und vor allem mit sich selbst haben, wird deshalb tendenziell auch mit ziemlich beliebigen Argumenten geführt und ist ihrer Natur nach endlos, weil auf dieser Ebene auch gar nicht zu klären.

Gewissermaßen sind wir nur ein weiterer Fall in der Reihe von Auseinandersetzungen mit Leuten oder Gruppen, die den eigenen Argumentationen oder Agitationsfeldern nahe sind, die deshalb eine gewisse Attraktivität für die Leser bzw. Anhänger des GSP haben und durch die sich die Zeitschrift in ihrem Alleinvertretungsanspruch für „richtige Analyse und Kritik“ in Frage gestellt sieht. Beispiele dafür sind die Kritiken an Michael Heinrich und seiner „Marx-lesen-Initiative“, der Gruppe „Um’s Ganze“ oder auch die Kritik an den G-20-Demonstrationen in Hamburg.

Inzwischen haben uns einige Beschwerden darüber erreicht, wie Einwände, Zweifel oder Bedenken gegen die Kritik an unserem Buch behandelt wurden. Manche Leute trauten auch ihren Augen und Ohren nicht, was der GSP in einen eigentlich klar verständlichen Text hineinzulesen vermag. Eine freimütige und sachliche Auseinandersetzung ist innerhalb dieser Strukturen offenbar nicht mehr überall möglich – auch das gilt nicht nur für den Streit um den Sozialstaat. Wem das nicht passt und wer eventuell wie wir viele der Analysen, aber eben nicht die Abstinenz des GSP in der Organisationsfrage teilt, wer etwas anderes sucht als marxistische Sinnstiftung und Selbstvergewisserung zum Lebensabend, kann sich gerne vertraulich an uns wenden.

Ansonsten haben wir nicht die Zeit und die Kraft, vor allem aber auch gar nicht den Willen zu einer endlosen Abgrenzungsdebatte oder gar einem weiteren linken Kleinkrieg. Uns geht es um die theoretische Analyse und politische Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen. Die Auseinandersetzung mit der hier landesüblichen Armut, mit ihren politökonomischen Ursachen und ihrer sozialstaatlichen Verwaltung gehört dazu. Die uns vorliegenden Kritiken an unserem Buch und vor allem natürlich das Buch selbst stellen wir hiermit der interessierten Öffentlichkeit zur (un)voreingenommenen Prüfung zur Verfügung. Mögen sich daran die Geister scheiden!